

# DAS VETK-PROGRAMM FÜR DIE KOALITIONSVERHANDLUNGEN

Berlin, den 05.11.2021

Sehr geehrte Damen und Herren der gewählten großen Parteien,

Wir möchten Ihnen auf der Basis Ihrer Wahlprogramme unsere Schwerpunkthemen für die laufenden Koalitionsvereinbarungen mitgeben. Wir, der Verband Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder (VETK e.V.), Fachverband im Diakonischen Werk Berlin- Brandenburg- schlesische Oberlausitz, setzen uns ein für verbesserte Rahmenbedingungen in Prozess-, Orientierungs- und Strukturqualität in den Kitas, sowie im Ganztags. Unsere Analyse der Bedarfe in den Kitas und im Ganztags Berlins bezieht sich auf Erfahrungswissen der evangelischen Träger, die sich seit Jahren stark machen für Ressourcen und Qualität in der Arbeit mit Kindern und ihrer Familien in dieser Stadt. Als Verband vertreten wir derzeit 463 Einrichtungen mit rund 32.000 Plätzen in Berlin, im Land Brandenburg und in der schlesischen Oberlausitz.

Zu unseren Forderungen, die Sie nachfolgend zur Kenntnis nehmen können, haben wir uns erlaubt Passagen aus Ihren Partei- Wahlprogrammen zur Wahl des Abgeordnetenhauses Berlin in 2021 hinzuzusetzen. Wir freuen uns über Übereinstimmungen in der Priorisierung von Bedarfen und Aufgaben.

Wir stehen Ihnen als Ansprechpartner mit Expertise zur Seite und freuen uns auf ein tatkräftiges und motiviertes Koalitionsprogramm für die Kinder und Familien Berlins.

Astrid Engeln & Andrea Friedrich & Anke Caspers & Winnie Grunwald

## Forderungen

### **Auskömmliche Fördermittel für den Kitaplatzausbau und Sanierung sowie Erleichterungen für Kita-Träger bei der Umsetzung von Bauvorhaben**

*»Für uns hat der Ausbau der Kitaplätze in Berlin weiterhin Priorität. Wir werden mehr Betreuungsplätze für Kinder aller Altersstufen schaffen. Wir brauchen neben einer ausreichenden Anzahl an Kitaplätzen auch ein vielfältiges Angebot, damit Familien echte Wahlfreiheit haben. Wir werden Kitaträger bei der Umsetzung von baulichen Maßnahmen besser unterstützen, bürokratische Hürden abbauen und Bauvorhaben beschleunigen.« CDU, S. 99\**

Der Kitaplatz-Bedarf ist in den letzten Jahren enorm gestiegen. Der Rechtsanspruch und die Beitragsbefreiung haben dazu geführt, dass über 70% aller Berliner Eltern ihr Kind bereits mit einem Jahr in die Kita geben. Durch die demografische Entwicklung steigt die Zahl der Kinder, die einen Kitaplatz benötigen, weiter an. Laut Kitaentwicklungsplanung werden bis 2026 zusätzlich 26.000 Kitaplätze benötigt.

Um als Großstadt für Familien attraktiv zu bleiben und Abwanderung zu vermeiden, sind weitere Investitionen in den Platzausbau unabdingbar. Kita-Träger in Berlin müssen aber in jüngster Zeit die Erfahrung machen, dass bereits geplante Vorhaben, in die sie investiert haben, in der Warteschleife hängen oder abgelehnt werden, da die erforderlichen Fördermittel des Landes nicht ausreichen. Eine Aufstockung des Landesförderprogramms »Auf die Plätze, Kitas, los!« ist daher dringend geboten. Zudem braucht es ein eigenes Förderprogramm für die Modernisierung und Sanierung von Bestandsbauten. Der Sanierungsstau ist vielerorts sehr hoch und wird, ohne gezielte weitere Förderung, mittelfristig dazu führen, dass das Platzangebot in einigen Einrichtungen reduziert werden muss. Schließlich unterstützen wir die Forderung, bürokratische Hürden für Träger beim Kita-Ausbau abzubauen. Für Träger, die Kitaplätze schaffen, darf der Platzausbau keine Bürde sein. Die finanziellen Risiken und zeitlichen Abläufe müssen überschaubar bleiben. Alle Kita-Träger brauchen daher bei der Umsetzung von Bauvorhaben die Unterstützung der Bezirks- und Landesebene.

## Freie und öffentliche Träger in der Finanzierung gleichstellen

*»Wer Kitavielfalt will, muss sie auch auskömmlich finanzieren. Die freien Träger stellen knapp 80 Prozent der Kitaplätze in Berlin und müssen daher auch in der Finanzierung den landeseigenen Kitas gleichgestellt werden.« FDP, S.6*

*»Wir werden sicherstellen, dass die Zuwendungssummen an die freien Träger parallel zu den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst jeweils zeitnah erhöht werden. So werden wir Finanzierungslücken für freie Träger vermeiden.« CDU, S.94*

Dank der vielen freien Träger, die in Berlin Kitas betreiben, haben Eltern die Wahl, welche Einrichtung und welche Konzeption ihren Vorstellungen von guter Bildung, Erziehung und Betreuung am besten entspricht. Dabei sichern verbindliche Standards, wie sie das Berliner Bildungsprogramm oder die QVTAG setzen, die Qualität, die in interner und externer Evaluation regelmäßig überprüft wird. Wenn freie und öffentliche Träger gleich gute Arbeit leisten, sollen sie vom Land auch gleiches Geld dafür erhalten. Eine Benachteiligung der freien Träger verzerrt den Wettbewerb, führt zu einer Einschränkung der Trägervielfalt und widerspricht zudem dem Subsidiaritätsprinzip der Jugendhilfe. Wir wollen, dass Vergütungsanreize wie die Hauptstadtzulage und Praktikant\*innenvergütung nicht nur an Beschäftigte in landeseigenen Einrichtungen gezahlt werden, sondern auch für freie Träger refinanziert werden. Bei der Suche nach Betreibern für Kitas sowie bei der Vergabe von Bundes-, Landes- und kommunaler Fördermittel sollen freie Träger gleichermaßen berücksichtigt werden.

## Den Eigenanteil der Träger an der Kitafinanzierung absenken

*»Wir wollen schrittweise den noch verbliebenen Eigenanteil von fünf Prozent der Kitaträger zur Finanzierung der Plätze abschaffen.« DIE LINKE, S. 89*

Freie Träger erbringen eine Leistung für Kinder und deren Familien, die ihnen der Staat mit einem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz zusichert. Dieses Engagement der Träger darf auf Dauer kein Minusgeschäft sein. Die freien Träger sollen ihre Eigenmittel an selbst gewählten Schwerpunkten einsetzen können, anstatt anteilig für die erforderlichen Betriebskosten aufkommen zu müssen. In den letzten Jahren konnte der Trägereigenanteil von 7% auf aktuell 5% gesenkt werden. Wir fordern, die schrittweise Absenkung des Eigenanteils fortzusetzen und die Träger perspektivisch von pauschalen Eigenleistungen zu befreien.

## Kita-Sozialarbeit fördern

*»Kitas in schwieriger Lage werden durch Modelle der aktivierenden Elternarbeit mit Sozialarbeiter:innen sowie durch Modelle ehrenamtlicher Sprachpat:innen unterstützt. Wo immer es möglich ist, bauen wir die Angebote der Sprachkitas aus und entwickeln diese zu Familienzentren weiter.« SPD, S. 55*

Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf von Familien hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Auch Erzieher:innen und Leiter:innen in Kindertagesstätten werden häufiger um Rat und Unterstützung bei der Lösung von Problemen angefragt. Die Corona-Pandemie, die für viele Familien mit wirtschaftlichen und psychosozialen Herausforderungen verbunden war, hat diesen Bedarf weiter verschärft. Um diesem wachsenden Bedarf professionell zu begegnen, haben einige der evangelisch-diakonischen Träger bereits vor einigen Jahren begonnen, Sozialpädagog:innen als zusätzliche fachliche Ressource in ihren Kindertagesstätten zu installieren. Sie stellten schnell fest, dass die niedrigschwelligen sozialpädagogischen Angebote in der vertrauten Institution Kita gut geeignet sind, um die Familien zu erreichen. Zudem beobachteten sie positive Effekte in der Zusammenarbeit zwischen den Familien und den Kitas und in der Quartiersentwicklung. Trotz beschriebener Wirksamkeit und bundesweiter Auszeichnungen einzelner Projekte gibt es bis heute keine finanzielle Absicherung der Angebote. Damit diese auch künftig zur Verfügung gestellt werden und auch noch weitere Einrichtungen partizipieren können, brauchen Kindertagesstätten zusätzliche öffentliche Ressourcen. Analog zum Schulbereich, indem der Mehrwert von Jugendsozialarbeit bereits erkannt wurde und die Berliner Senatsverwaltung 300 zusätzliche sozialpädagogische Fachkräfte mit 12,7 Mio Euro fördert, fordern wir ein Landesprogramm auch für Kita-Sozialarbeit sowie eine finanzielle Berücksichtigung der Kita-Sozialarbeit in den Budgets der Bezirke als einen ersten wichtigen Schritt der Verstärkung.

## Zugänge für Kinder mit Migrationshintergrund schaffen

*„Wir sind der Überzeugung, dass ein regelmäßiger, kontinuierlicher Besuch der Kita ein wesentliches Fundament für Bildung und Teilhabe ist. (...) Mit einer qualitativ hochwertigen frühen Bildung sorgen wir für mehr Bildungsgerechtigkeit und entlasten Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir verbessern die Angebote für Familien mit Kindern, die einen komplexen Unterstützungsbedarf haben, beeinträchtigt oder von einer Behinderung bedroht sind.“ SPD, S. 54*

Studien und Erfahrungsberichte zeigen auf, dass viele Kinder aus Familien mit besonderen Bedarfen nicht in unseren Kitas ankommen. Hintergrund ist auf der einen Seite vor allem ein Mangel an Kitaplätzen. Auf der anderen Seite kennen viele Eltern ihr Recht auf einen Kitaplatz nicht oder haben nicht die Kapazitäten, dieses einzufordern.

Besonders die Begleitung von Kindern aus Familien mit Fluchterfahrung muss aus unserer Sicht weiter unterstützt werden. Das von der aktuellen Regierung geplante Ende der Förderung relevanter Angebote der frühen Bildung für diese Zielgruppe, wie Frühe Bildung vor Ort (FBO) und Sprungbrettangebote, nach 2023 sehen wir daher sehr kritisch.

Aus den seit 2017 sinkenden Zahlen neuzuwandernder Familien mit Fluchterfahrung wird von vielen fälschlicherweise eine geringere Relevanz des Themas abgeleitet. Aus unserer Sicht ist die eigentliche und nachhaltige Arbeit der Integration und Inklusion nach der Phase des Ankommens entscheidend für die Entwicklungschancen der Kinder aus Familien mit Fluchterfahrung. Zudem werden vermehrt Kinder in den Kontext der Familien mit Fluchterfahrung geboren. So wurden in Berlin von Januar bis September 2021 1.637 Asyleranträge für Kinder von 0-6 Jahren gestellt. Dies entspricht einem Anteil von rund 25% aller in Berlin gestellten Asyleranträge (BAMF 10/2021). Derzeit leben 3.105 Kinder im Alter von 0-6 Jahren in Berliner Unterkünften für Geflüchtete (LAF 10/2021), vor einem Jahr waren es noch 3026 Kinder (LAF 10/2020). Hinzuzurechnen sind die Kinder, die mit ihren Familien eine eigene Wohnung beziehen konnten. Es ist von einem entsprechend hohen Bedarf an Kita-Plätzen auszugehen. Zudem ist damit zu rechnen, dass durch die jüngsten politischen Entwicklungen, etwa in Afghanistan und die aktuelle Zuwanderung in das Land Brandenburg, die Anzahl der geflüchteten Familien auch in Berlin wieder ansteigen wird. Deshalb benötigen wir in dieser Stadt mehr Kitaplätze und bessere Zugänge für Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, Fluchterfahrung sowie andere sozioökonomisch benachteiligte Familien.

## Sprachförderung für alle Kinder ermöglichen

*»Kinder für die Gesellschaft stark machen beginnt mit Sprachförderung – sowohl in Deutsch als auch in den jeweiligen Muttersprachen. Bewährte Modelle wie die »Sprachkitas« und die vielen bilingualen Kitas in Berlin wollen wir ausbauen und mit dem »Zentrum für Sprachbildung« sowie Expert\*innen für die Förderung der verschiedenen Herkunftssprachen systematisch die Ausweitung der Sprachförderung und Mehrsprachigkeit in allen Kitas angehen.« Bündnis 90/DIE GRÜNEN, S. 136/137*

Kleinere Gruppen ermöglichen eine stärkere Zuwendung zum einzelnen Kind und damit eine gezieltere Förderung. Das haben viele Erzieher\*innen als einen positiven Effekt während der Notbetreuung in der Corona-Pandemie erlebt. Die weitere Verbesserung des Personalschlüssels sowohl für die Kinder unter drei Jahren als auch für die Drei- bis Sechsjährigen böte den pädagogischen Fachkräften dauerhaft mehr Zeit für Gespräche mit einzelnen Kindern und Kindergruppen. Neben ausreichend Zeit kommt es auch auf die Qualität der Gespräche an. Zur Steigerung der Interaktionsqualität in Kitas setzen wir auf die Qualifizierung des Fachpersonals. Das betrifft sowohl die Ausbildung, in der sprachliche Bildung eine größere Rolle spielen muss, als auch die kontinuierliche Weiterbildung von pädagogischen Fachkräften und Quereinsteiger:innen. Das bewährte Bundesprogramm »Sprachkitas« soll über das Jahr 2022 hinaus verlängert werden, damit die bereits teilnehmenden und weitere Berliner Kitas von der Unterstützung der Fachberater\*innen und Sprachfachkräfte profitieren können. Zudem sollen die Quoten für zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen zur Förderung von Kindern, die nicht Deutsch als Muttersprache sprechen, von derzeit 40% deutlich abgesenkt und auch andere Problemlagen, wie z.B. sozio-ökonomische berücksichtigt werden.

## Attraktive Ausbildungsbedingungen für Erzieher:innen

*»Quereinsteigende sollen in den ersten zwei Jahren nicht vollständig auf den Personalschlüssel angerechnet werden. [...] Wir wollen die Ausbildung von Kindheitspädagog:innen auf akademischem Niveau ausweiten.« DIE LINKE, S. 89*

*»Wir wollen aber noch einen Schritt weiter gehen und die vollschulische Ausbildung endlich so verbessern, dass die Studierenden an den Fachschulen eine nicht rückzahlbare Ausbildungsförderung erhalten können. Um die Fachschulen weiter zu verbessern, wollen wir mit ihnen Qualitätsstandards vereinbaren und dabei die Vernetzung von Praxis und Theorie stärken.« Bündnis 90/DIE GRÜNEN, S. 135*

Trotz des massiven Ausbaus der Ausbildungskapazitäten an den Fach- und Hochschulen und der Schaffung neuer Wege in den Erzieher\*innenberuf fehlen weiterhin Fachkräfte. Die berufsbegleitende Ausbildung hat die vollschulische hinsichtlich der Studierendenzahlen vielerorts längst überholt. Damit sind die meisten Kitas zu Ausbildungsbetrieben geworden, ohne dass die dafür notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden. Eine Ausbildungsförderung soll die Attraktivität der vollschulischen Erzieher:innenausbildung steigern, damit angehende Fachkräfte sich nicht aus finanziellen Gesichtspunkten für eine Ausbildungsform entscheiden müssen. Auszubildende und Quereinsteigende sollen nur teilweise auf den Personalschlüssel angerechnet werden. So steht auszubildenden Kitas mehr Personal zur Verfügung und damit auch die notwendigen Kapazitäten für eine gute Anleitung und Begleitung durch die erfahrenen Fachkräfte.

## Personalentwicklung soll sich lohnen

»Fachkräfte sollen sich innerhalb des eigenen Berufsfeldes weiterentwickeln können, auch im Hinblick auf den Umgang mit digitalen Medien. Sie bekommen so berufliche Perspektiven innerhalb ihres eigenen Berufsfeldes und bei der professionellen Weiterentwicklung des Bildungsangebotes in der Kita«. SPD, S. 54

»Perspektivisch wollen wir für Erzieherinnen und Erzieher, die dies wünschen, mehr Aufstiegsmöglichkeiten schaffen, das Berufsbild auffächern und weiterentwickeln. Sonderqualifikationen von pädagogischem Fachpersonal in Kitas wie beispielsweise sprachpädagogische Zusatzausbildungen sollen zusätzlich vergütet werden.« FDP, S. 7

Die Bereitschaft zu Fort- und Weiterbildungen ist unter pädagogischen Fachkräften hoch. Fortbildungen sowohl für einzelne Mitarbeitende als auch für das gesamte Team einer Kita werden von den meisten Trägern mehrmals im Jahr ermöglicht. Das fördert wesentlich die Weiterentwicklung der pädagogischen Qualität. Gleichzeitig sind die Aufstiegschancen für Erzieher\*innen begrenzt. Eine Personalentwicklung, die Karriereperspektiven eröffnet und die persönliche und fachliche Weiterentwicklung fördert, kann dazu beitragen, die Fachkräfte im System der Kindertagesbetreuung zu halten. Zusätzlich braucht es Anreize, damit sich Qualifizierung für die Fachkräfte auch finanziell lohnt. Wir nehmen wahr, wie die Anforderungen an die Kita wachsen und ihnen dank heterogener, multiprofessionell zusammengesetzter Teams und Spezialisierungen immer besser begegnet werden kann. Mit einer komplexeren Aufgaben- und Personalstruktur einer Kita muss auch die Vergütung mitgehen können. Wir möchten Fachkräfte mit Hochschulabschluss und mit Zusatzqualifikationen, die zusätzliche Aufgaben übernehmen, angemessen bezahlen können. Dafür brauchen wir eine Refinanzierung mit entsprechenden Zuschlägen zu den Personalkosten.

## Digitalisierung und Medienkompetenz

»Wir wollen die Ausstattung von Kitas mit modernen Medien regelhaft ermöglichen, um den Kontakt mit Eltern zu verbessern, die Arbeit zu erleichtern und die Kommunikation im Sozialraum zu sichern. Wir wollen die Befähigung zur Nutzung moderner Medien in der Aus- und Weiterbildung intensivieren und zur Einhaltung datenschutzrechtlicher Regelungen befähigen. Die Entwicklung von und Arbeit mit medienpädagogischen Konzepten wollen wir im Kitaalltag fest verankern.« DIE LINKE, S. 90

»Wir wollen digitale Bildung in allen unseren Bildungseinrichtungen verankern – von Kitas und Schulen über Jugendeinrichtungen und Volkshochschulen bis hin zu Bibliotheken, anderen außerschulischen Lernorten, Berufs- und Hochschulen. Wir nehmen dabei alle Aspekte der Digitalisierung in den Blick: von der sicheren Mediennutzung und Vermittlung von Medienkompetenz für junge Menschen und Lehrkräfte, über die Ausstattung mit digitalen Geräten, den Einsatz digitaler Lehr- und Lerninhalte im Unterricht und in der Fachkräfteaus- und -fortbildung. Wir setzen uns dafür ein, dass die Ausstattung in Kitas, Schulen, in der Jugend- und Erwachsenenbildungsarbeit zukünftig mit den Anforderungen einer digitalen Welt Schritt halten kann.« SPD, S. 53f.

Selbst in den Kitas hat die Corona-Pandemie einen riesigen Digitalisierungsschub ausgelöst. Es wurden Videos für die Kinder zu Hause produziert, Chatgruppen zur Information der Eltern eingerichtet und Teambesprechungen als Videokonferenz durchgeführt. Dabei musste viel ausprobiert und improvisiert werden, denn weder waren die Einrichtungen mit der notwendigen Hard- und Software ausgestattet noch kann der Umgang damit bei allen Fachkräften vorausgesetzt werden. Für die Erwachsenen in der Kita erleichtern die digitalen Instrumente viele Notwendigkeiten in der Verwaltung, Kommunikation, Information und Dokumentation. In der Lebenswelt der Kita-Kinder sind neue Medien selbstverständlich, daher braucht es geeignete Konzepte, wie Kinder diese kompetent und sicher nutzen können. Wir wünschen uns einen DigitalPakt Kita, der Mittel bereitstellt für die flächendeckende Ausstattung der Kitas mit Hard- und Software sowie für Fortbildungen zu Medienkompetenz der Fachkräfte. Außerdem brauchen wir eine Förderung von Konzepten zur Medienbildung in der Kita und Softwarelösungen, die sowohl einfach in der Anwendung sind und die personenbezogenen Daten schützen.

## Qualitätsoffensive Ganztage durch gute Rahmenbedingungen absichern

»Qualitätsentwicklung im Ganztage und die Entwicklung von Schulqualität gehören zusammen, deshalb müssen verbindliche Qualitätsstandards für den Ganztage an allen Berliner Schulen entwickelt werden. So können gezielt soziale und kulturelle Benachteiligungen überwunden werden. Dafür wollen wir den Ganztage sozialräumlich im Kiez verankern und Kooperationen fördern, die Segregation zwischen Schulen verringern sowie den Personalschlüssel im Ganztage erhöhen, um ihn zu einer echten Förderung und Stärkung von Kindern und Jugendlichen weiterzuentwickeln.« Bündnis 90/DIE GRÜNEN, S. 148

»Es braucht auch im Ganztagsbetrieb Anleitungsstunden analog zum Kitabereich (3-2-1) für angehende Erzieher:innen. In der ergänzenden Förderung und Beratung (!) (eFöB) streben wir einen verbindlichen Personalschlüssel von 1:15 statt derzeit 1:22 an. [...] Die Doppelnutzung von Räumen für Unterricht und eFöB (= Hort) wollen wir vermeiden. Wir setzen uns für ein eigenes Budget für eFöB-Räume sowie für eine Erhöhung der Materialausstattung im Ganztage ein.« DIE LINKE, S. 100, 103

Ganztagsbetreuung leistet einen wichtigen Beitrag zum Abbau von Benachteiligungen. Neben dem quantitativen Ausbau der Ganztagsplätze setzt Berlin nun auch verstärkt auf die qualitative Weiterentwicklung der Ganztage Schulen. Und das ist auch gut so! In einer Stadt, in der jede Grundschule eine Ganztage Schule ist, muss sich die Schulqualität auch an der Qualität des Ganztags messen lassen. Wir begrüßen daher die Entwicklung von Qualitätsstandards für den Ganztage, die zur Weiterentwicklung der bestehenden Angebote und Kooperationen zwischen Schulen und freien Trägern beitragen werden. Qualitative Verbesserungen sind aber immer auch an gute personelle, räumliche und finanzielle Rahmenbedingungen geknüpft.

Hier hat Berlin noch erheblichen Aufholbedarf. In der ergänzenden Förderung und Betreuung (eFöB) brauchen wir deutliche Verbesserungen des Erzieher:innen-Kind- und Leitungsschlüssels, mehr anregungsreiche Räume und Materialien, ausreichend Zeit für Absprachen und Kooperation sowie zur fachlichen Anleitung und Begleitung von berufsbegleitenden Auszubildenden und anderen Quereinsteiger:innen. Wir fordern deshalb, die Qualitätsoffensive im Ganztage durch gute Rahmenbedingungen in Form von zusätzlichen personellen, räumlichen und finanziellen Ressourcen abzusichern.

## Kontakt

Astrid Engeln  
Geschäftsführerin Verband evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder e.V. /  
Arbeitsbereichsleitung Kindertagesstätten und Ganztage  
Diakonisches Werk Berlin- Brandenburg- schlesische Oberlausitz

Paulsenstraße 55/56  
12163 Berlin

Tel: 030 82097152  
Mail: [engeln.a@dwbo.de](mailto:engeln.a@dwbo.de)